



Samstag
13. Januar 2018

126. Jahrgang Nr. 10
Fr. 4.90 / AZ 8021 Zürich



Abfahrt am Lauberhorn

Beat Feuz kann nichts erschüttern. 42
Der Renndirektor über Todesstürze. 41
Verfolgen Sie den Liveticker ab 12.30 Uhr.
tagesanzeiger.ch

Arno Camenisch

Der Fürsprecher
der Stoiker und
knorrigen Bündner. 45

Rassismus

Schwarze Frauen
in den USA
schlagen zurück.
Das Magazin

Öffentliche Spitäler kauften rostige und verbogene Kanülen

Die Heilmittelbehörde bestraft grosse Kliniken in Basel, Zürich und St. Gallen - sie meldeten Missstände nicht.

Catherine Boss und Marie Parvex
Bern

Die Schweizer Heilmittelbehörde Swissmedic hat Anfang 2017 gegen drei öffentliche Spitäler Verfahren eröffnet und sie im Juli mit einer Busse bestraft. Betroffen sind das Universitätsspital Zürich, das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital St. Gallen.

Die Kliniken haben laut Swissmedic «auf schwerwiegende Weise» ihre Meldepflicht verletzt. Sie kauften über Jahre bei einer Zuger Firma Medizinprodukte ein, die zum Teil grob fehlerhaft waren. Aus noch verpackten Kanülen, die bei Herzoperationen an Babys eingesetzt werden, war Rost ausgelaufen. Andere waren verbogen, oder das Spitalpersonal fand darauf Metallspäne. Trotz der gravierenden Missstände informierten die Spitäler Swissmedic nicht - obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet waren.

Überführt wurden die Spitäler, weil die Heilmittelbehörde bei einer Hausdurchsuchung bei der Zuger Firma auf ein Dutzend E-Mails der Kliniken stiess, in denen diese Mängel beklagten. Deshalb startete die Behörde die Strafver-

fahren. Swissmedic geht mit den Spitälern hart ins Gericht: Die in der Schweizer Spitallandschaft herrschende Gleichgültigkeit sei gravierend. «Es bedarf einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung», steht in den Strafbescheiden gegen die Spitäler. Sie müssen 5000 Franken Busse bezahlen. Erst im Wiederholungsfall kann Swissmedic Verantwortliche mit bis zu 50 000 Franken büssen.

Bei den Medizinprodukten liegt die Qualitätskontrolle in der Verantwortung der Lieferfirmen. Bevor sie ein Produkt auf den Markt bringen dürfen, werden sie von einer privaten Kontrollfirma zertifiziert. Die Zuger Firma hat das Gütesiegel erhalten. Der Fall zeigt deshalb: «Das Überwachungssystem funktioniert nur, wenn die Spitäler konsequent Fehler melden, sonst gefährden sie im schlimmsten Fall Menschenleben», sagt Danièle Bersier von Swissmedic.

Die Spitäler akzeptieren den Entscheid und geben zu, dass sie ihre Pflichten verletzt hätten. Unterdessen sei das Personal verstärkt geschult, und beim Einkauf seien die Kontrollen verschärft worden, sagen sie auf Anfrage. - Seite 5

Olympia garantiert noch keinen Frieden

Auf der Koreanischen Halbinsel wird wieder geredet, nicht mehr nur gedroht. Urs Gerber, langjähriger Chef der Schweizer Beobachtermission an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea, ist überrascht vom plötzlichen Tauwetter. «Mich stimmt positiv, dass bereits gewisse Ziele erreicht worden sind», sagt er im Interview. Das sei eine Folge von Olympia. Gerber warnt jedoch vor zu viel Optimismus. Über das Hauptproblem hätten Nord- und Südkoreaner noch gar nicht gesprochen: die Atomfrage. Ein Präventivkrieg der USA sei als Option

nicht vom Tisch, aber: «Die Gespräche in Panmunjom könnten ein Anfang sein.» Die Schweiz wäre als Vermittlerin bestens positioniert. Wäre der Zeitpunkt nicht günstig, jetzt, wo Donald Trump nach Davos kommt? Urs Gerber ist skeptisch, das WEF sei nicht ideal für derart heikle Gespräche. Dank seiner Korea-Erfahrung und als ehemaliger Mitarbeiter des Schweizer Nachrichtendienstes wäre er allerdings hervorragend geeignet, im Korea-Konflikt zu vermitteln. In «beratender Funktion» ist er mit dem EDA in Kontakt. (chm) - Seite 43, 44

Grosse Koalition von Union und SPD rückt näher



In Deutschland haben die Union von Kanzlerin Angela Merkel und die SPD von Martin Schulz am Freitag ihre Sondierungen für eine erneute Grosse Koalition erfolgreich abgeschlossen. Ein 28-seitiges Programmpapier wurde einstimmig angenommen. Der SPD-Vorstand empfahl

der Partei darauf die formelle Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit 32 Ja zu 6 Nein-Stimmen. Abschliessend darüber befinden werden deren Delegierte am Sonderparteitag vom 21. Januar. SPD-Chef Schulz rechnet fest mit einer Zustimmung, wie er im ZDF sagte. Seine

Partei habe 80 Prozent ihrer Forderungen durchgesetzt. Für sich selber schloss er die Übernahme eines Ministerpostens nicht mehr aus - nach der Bundestagswahl im September hatte er eine Regierungsbeteiligung noch abgelehnt. (de) Kommentar Seite 2, Bericht Seite 7

Service

Börse	10	Gottesdienste	36
ALPHA	14	Veranstaltungen	47
Leserbriefe	21	Rätsel	54
Fernsehprogramme	31	Wetter	57
Todesanzeigen	35		

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch

Kommentare & Analysen

«Mehr als 25 Minuten wird der US-Präsident Berset wohl nicht widmen.»

Fabian Renz über Donald Trumps Besuch in Davos. - Seite 12

In der #MeToo-Debatte sollten sich alle daran erinnern, dass sie auf derselben Seite stehen. - Seite 13

Die Berichte über das Wiener Wohnparadies spiegeln die Wirklichkeit nicht wider. - Seite 12

Heute

Lokführer der SBB müssen weiter mit Chaos-Software leben

Zeitabrechnungen stimmen nicht, Nachtzuschläge werden nicht ausbezahlt, und Dienstpläne sind fehlerhaft: Die Software Sopre teilt einem Zug mal acht Lokführer zu, mal gar keinen. Trotz Klagen des Lokomotivpersonalverbands halten die SBB an Sopre fest. Das kann sie teuer zu stehen kommen. - Seite 9

Stadtrat gibt Candrian-Gruppe den Zuschlag fürs Bauschänzli

Das Bauschänzli bei der Zürcher Quai-Brücke erhält einen neuen Wirt: Ab 2019 übernimmt die Candrian Catering AG, zu der über 45 Betriebe in Zürich gehören. Der Stadtrat entschied sich gegen die Fred-Tschanz-Gruppe, welche die Sommerbeiz während 26 Jahren führte. Kommentar und Bericht Seite 23

Leben mit der Lawinengefahr

Inzwischen sind die Walliser Winter-sportorte Saas-Fee und Zermatt wieder zugänglich. Zuvor donnerten Lawinen bis in die Talsohle und verschütteten Strassen und Bahntrassen. Wegen grosser Lawinengefahr sanken auch im Bündner Lawinental St. Antonien bereits dieses Jahr die Barrieren. Ernst Flück, der hinten im Tal zwei Berggasthöfe führt und der lokalen Lawinenschutzorganisation angehört, kann damit umgehen. Allerdings, erzählt er bei einem Besuch, steige der Druck rasch. Nach dem Verfügen einer Sperre müsse man fast hoffen, dass eine Lawine niedergehe. Sozusagen als Beweis, dass man als Warner richtiglag. (cab) - Seite 3

Prämienschock bleibt Zürchern erspart

Bundesrat Alain Berset läuft mit der Neugestaltung der Prämienregionen im Parlament auf. Am Montag dürfte die ständerrätliche Gesundheitskommission einem Vorstoss zustimmen, der Berset zum Status quo verpflichtet. Die gleiche Forderung stellte bereits die Nationalratskommission auf. Die bürgerliche Mehrheit will verhindern, dass unter anderem im Kanton Zürich viele Gemeinden in eine teurere Prämienregion eingeteilt werden. Einige Änderungen bei der Zuteilung in die teuerste, die mittlere und die günstigste Prämienregion drängen sich aus Sicht der Krankenkassen dennoch auf. In Zürich wären aber nur wenige Gemeinden betroffen. (br) - Seite 4



Während der Operation brach die Kanüle ab

Die Unispitäler Basel und Zürich sowie das Kantonsspital St. Gallen wurden von der Aufsicht gebüsst.

Catherine Boss und Marie Parvex

Aus einer Kanüle zum Absaugen von Blut tropfte Rost, Nasensauger, die benutzt werden, um bei Patienten Schleim abzusaugen, waren verbogen, und bei einem operativen Eingriff brach der hintere Teil einer Kanüle sogar ab.

Dies sind keine Vorkommnisse in einem Spital eines Entwicklungslandes. Es passierte in drei grossen, öffentlichen Kliniken in der Schweiz - und zwar über Jahre immer wieder.

Die Schweizer Heilmittelbehörde Swissmedic hat Anfang 2017 gegen drei Spitäler Strafverfahren eröffnet und sie im Juli mit einer Busse bestraft, wie Recherchen zeigen. Es handelt sich um das Universitätsspital Zürich, das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital St. Gallen. Die drei Spitäler haben laut Swissmedic «auf schwerwiegende Weise» ihre Meldepflicht verletzt. Sie kauften über Jahre bei einer Firma Medizinprodukte ein, die zum Teil grob fehlerhaft waren - ohne dass sie die Mängel den Behörden gemeldet hätten.

Swissmedic erhielt 2011 eine anonyme E-Mail. Der Verfasser informierte die Behörde, dass die Firma SWSI Medical AG im Kanton Zug Medizinprodukte vertreibt, die aus Pakistan stammten. Sie würden lediglich in einer Geschirrspülmaschine gewaschen und mit einer Luftdruckmaschine ausgeblasen.

«Ware ist verbogen und rostig»

Darauf eröffnete Swissmedic ein Verwaltungsstrafverfahren gegen zwei SWSI-Verantwortliche, das noch nicht abgeschlossen ist. Bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmten die Fahnder neben grossen Mengen an mangelhaften Produkten auch Computerdaten. Daraus war ersichtlich, dass die Firma seit Jahren die beiden Universitätsspitäler und das Kantonsspital in St. Gallen belieferte. Und nicht nur das: Swissmedic fand gegen ein Dutzend E-Mails, in denen sich die Kliniken bei der Firma über fehlerhafte Produkte beklagten. Die Behörden informierten sie darüber nicht, obwohl sie gesetzlich verpflichtet wären.

Ein Einkaufsverantwortlicher des Kantonsspitals St. Gallen schrieb am 10. Oktober 2013 an die Firma: «Heute werde ich eine Schachtel mit Kanülen zuschicken. Es befindet sich Rost auf diesen Instrumenten.» Einen Monat später: «Die Ware ist verbogen, rostig, und der Durchmesser stimmt nicht mit dem vorherigen Modell überein. Kurz: inakzeptabel.» Am 9. Juli 2014 meldeten die St. Galler der Firma falsch beschriftete Packungen. Und eine Woche später kam der Hinweis, dass in der Chirurgie Packungen aufgetaucht seien, aus denen Rost tropfte.

Die Produkte der SWSI AG waren auch im Universitätsspital Zürich ein Ärgernis - und trotzdem informierte auch dort niemand das Heilmittelinstitut. Im März 2013 schrieb eine Spitalangestellte an die Lieferfirma: «Grüezi Herr K., ich habe von der Neurochirurgie diese Sugi (Saugkanülen, Anm. Red.) bekommen, während des Eingriffs ist der hintere Teil abgebrochen.» Eine leitende Ärztin, ebenfalls von der Neurochirurgie, bemängelte im August 2013, dass die Sauger schnell verstopften, weil sich Blutropfen bildeten. Zudem seien sie an einer bestimmten Stelle «teilweise scharf, das kann unter Umständen gefährlich für den Patienten sein». Weiter zeigten Saugkanülen gut sichtbare Rückstände, manchmal waren es Metallsplitter.

Im Universitätsspital Basel stellte ein Einkäufer ebenfalls «gravierende Qualitätsprobleme» fest, auch dort fanden sie an den sterilen Saugern Metallspäne. In einer E-Mail ist von 245 verunreinigten Kanülen die Rede. Swissmedic kritisiert: Dort sei «zu keinem Zeitpunkt eine Meldung an Swissmedic in Erwägung gezogen worden, obwohl mindestens vier Personen über das schwerwiegende Vorkommnis informiert waren».

Die Untätigkeit der Spitäler führte dazu, dass die Firma über Jahre mutmasslich rechtswidrige Geschäfte machen konnte. Ein ehemaliger Verwaltungsrat der Firma, die sich in Liquida-



«Die in der Schweizer Spitallandschaft herrschende Gleichgültigkeit ist gravierend.»

Swissmedic

tion befindet, sagt dazu: «Wir haben auf Beanstandungen immer sofort reagiert und die Ursache abgeklärt. Ansonsten hatten wir von den Spitalern immer gute Rückmeldungen.»

Erbin um 4,5 Millionen gebracht

Im Kanton Solothurn läuft gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma SWSI AG seit zwei Jahren ein Strafverfahren. Er soll mit Komplizen eine reiche Erbin um 4,5 Millionen Franken gebracht haben. Sie überredeten sie, in die Firma SWSI zu investieren. Dabei verlor

Überwachung funktioniert nur, wenn Spitäler melden

Die Heilmittelbehörde Swissmedic hat in letzter Zeit bei Spitalern verstärkte Kontrollen durchgeführt. Im Visier hatte sie den Umgang mit Medizinprodukten wie etwa Operationswerkzeuge oder Kanülen. Sie prüfte dabei auch, ob die Spitäler bei der Behörde Meldung machen, wenn sie von Lieferanten fehlerhafte Produkte erhalten. Dies, weil Verwaltungsstrafverfahren gegen grosse Kliniken zeigten, dass diese ihre Meldepflicht sträflich verletzt hatten. Die Zuger Firma SWSI belieferte die Kliniken über Jahre mit zum Teil grob mangelhaften Produkten. Das Überwachungssystem bei den Medizinprodukten fusst auf der Melde-

sie ihr Geld. Die Staatsanwaltschaft notierte laut «Basler Zeitung» in den Akten: «Der Kontosaldo der Firma beträgt 22000 Franken.» Das bei der Hausdurchsuchung angetroffene Materiallager sei bescheiden gewesen. «Der Warenwert von zwei Millionen Franken konnte nicht ausgemacht werden», schrieb der zuständige Ermittler. In der Einvernahme eines Bankangestellten wurde die SWSI als «Scheinfirma» bezeichnet. Die Vorgängergesellschaft war im Fleischhandel tätig, zentrale Figuren sind ein Garagist und ein Rohstoffhändler.

Das St. Galler Kantonsspital sagt auf Anfrage, es treffe zu, dass die Meldepflicht verletzt worden sei, doch aus den Rückmeldungen an die Lieferfirma sei ersichtlich, dass die Mitarbeitenden nach der Entdeckung der schadhafte Medizinprodukte die Situation sehr ernst genommen hätten. Die betroffenen Medizinprodukte seien aus dem Materiallager entfernt und nicht mehr ein-

gesetzt worden. Das Spital habe ab Mai 2017 die Schulungen für Mitarbeiter in diesem Bereich intensiviert und seit dem Strafbescheid die Überprüfung der Lieferanten verschärft.

Auch das Universitätsspital Zürich betont, die Ausbildung des Personals sei verstärkt worden - und man habe Klinikintern über den Fall informiert. Ebenso seien die Verantwortlichkeiten bezüglich Meldungen verbessert worden. Keines der Spitäler streitet das Fehlverhalten ab. Das Unispital Basel schreibt: «Für das Nichtmelden haben wir zu Recht eine Busse erhalten.» Die schadhafte Kanülen seien aber aussortiert und nie an Patienten angewendet worden. Das Spital unternehme grosse Anstrengungen zur Sensibilisierung der Angestellten - bereits mit Erfolg. Die Meldungen des Unispitals Basel an Swissmedic hätten in jüngster Zeit stark zugenommen.

Leben der Patienten gefährdet

Swissmedic bestraft die betroffenen Spitäler mit einer Busse von 5000 Franken - das ist die vom Gesetz vorgesehene Höchststrafe. Erst im Wiederholungsfall kann Swissmedic Verantwortliche in einem Spital mit bis zu 50000 Franken büssen.

In den Strafbescheiden hält Swissmedic fest, «dass nach wie vor schwerwiegende Vorkommnisse, welche das Leben oder die Gesundheit einer Vielzahl von Patienten unmittelbar gefährden oder gefährden könnten, nicht gemeldet werden». Die in der Schweizer Spitallandschaft herrschende Gleichgültigkeit sei gravierend. «Es bedarf einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung», schreibt die Heilmittelbehörde.

Paradise Papers: Druck auf Bastos steigt

Angola baut den von Jean-Claude Bastos verwalteten Staatsfonds um - und bestätigt Kritik, die nach den Paradise Papers laut wurde.

Christian Brönnimann
Bern

Gut zwei Monate nach Publikation der Paradise Papers hat der neue angolische Präsident João Lourenço durchgegriffen: Er setzte am Donnerstag den bisherigen Chef des Staatsfonds und Sohn seines Vorgängers, José Filomeno dos Santos, ab. Einer der Gründe ist das umstrittene Mandat zur Verwaltung des Staatsfonds an den Schweizer Geschäftsmann Jean-Claude Bastos und dessen Quantum-Global-Gruppe mit Hauptsitz in Zug. Bastos und dos Santos sind enge Vertraute und langjährige Geschäftspartner. Kritiker sagen, Bastos habe das lukrative Mandat nur wegen seiner Nähe zum nun abgesetzten Sohn des Ex-Präsidenten erhalten.

Die Paradise Papers enthüllten, wie Bastos persönlich vom Mandat profitiert, indem er jährlich Dutzende Millionen Dollar Gebühren kassiert und zudem mit dem Staatsgeld seine eigenen Projekte finanziert. Er streitet jegliche Ungereimtheiten ab.

Die Mängelliste ist lang

In einem Communiqué erklärte das angolische Finanzministerium die Hintergründe für die Entlassung des Sohns des Ex-Präsidenten. Demnach durchleuchtete eine internationale Consultingfirma die Fondsverwaltung und die Verwendung des Fondsvermögens. Das Fazit: mangelnde Transparenz bei der Vergabe des Mandats an Bastos' Quantum-Global-Gruppe; schwache Kontrolle und Überwachung der Aktivitäten des Fonds; ungenügendes Reporting; intransparente Richtlinien, Strategien und Investmentplanungen; hohes Risiko, weil Bastos' Quantum Global entgegen den Fondsregeln fast die gesamten 5 Milliarden Dollar Fondskapital zur Verwaltung anvertraut wurden.

Die von der angolischen Regierung in Auftrag gegebene externe Prüfung bestätigt damit Kritik, die Medien weltweit, darunter diese Zeitung, im Rahmen der Berichterstattung über die Paradise Papers erhoben hatten. Weder Jean-Claude Bastos noch José Filomeno dos Santos wollten sich gestern zu den Befunden äussern. Bislang hatte Bastos gesagt, der Staatsfonds erfülle hohe Transparenz- und Governance-Standards.

Das angolische Finanzministerium hat angekündigt, den Staatsfonds zu restrukturieren und eine passende Investmentstrategie zu entwickeln. Es verspricht mehr Transparenz und Kontrolle. Ob künftig mit oder ohne Jean-Claude Bastos, ist offen.

Nachrichten

WEF

Aufwendiger Aufbau des Sicherheitsdispositivs

Die Armee hat diese Woche mit dem Aufbau des Sicherheitsdispositivs für das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos begonnen. 341 Soldaten sind bereits mit der Vorbereitung beschäftigt. Insgesamt könnten bis zu 5000 Angehörige der Armee zum Einsatz kommen. Die Milizsoldaten werden für logistische Aufgaben wie den Sanitätsdienst oder die Verkehrsregelung eingesetzt. Für Personenschutz und Zutrittskontrollen sind die Berufssoldaten verantwortlich. (SDA)

Zivildienst

Diensttage mit 1,8 Millionen auf Rekordstand

Während sich die Schweizer Armee über Nachwuchsprobleme beklagt, ist der Trend hin zum Zivildienst ungebrochen. 2017 wurden 6785 neue Zivildienstleistende zugelassen. Dies meldete die SRF-Sendung «10 vor 10» gestern Abend. Mit 1,8 Millionen Diensttagen wurde im vergangenen Jahr zudem ein neuer Rekord erreicht. (Red)